

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Umgehört

K.F. Der SPD-Verteidigungspolitiker Arnold schließt die Entsendung von deutschen Militärausbildern in den Süden Afghanistans nicht aus – der CDU-Außenpolitiker von Klaeden will davon nichts wissen und die Zuständigkeit der Bundeswehr auf den Norden beschränken. Verkehrte Welt in der Koalition, zumal die Skepsis in der SPD hinsichtlich des weiteren Afghanistan-Einsatzes nicht gerade klein ist? Arnold jedenfalls hat am Hindukusch das Mantra der Nato-Generäle zu hören bekommen. Die fordern seit geraumer Zeit eine Verstärkung der internationalen Truppe und mal offen, mal hinter vorgehaltener Hand auch eine deutsche Präsenz im Süden. Die Bundesregierung, gewiss deren Unionsteil, will sich dort nicht hineinziehen lassen, nicht zuletzt aus der begründeten Sorge, im Falle von Verlusten bei offenen Kampfhandlungen werde die Zustimmung in der Bevölkerung zu dem Afghanistan-Einsatz (noch weiter) schwinden. Mit einer solchen Stimmung haben allerdings auch andere Nato-Staaten zu kämpfen. Und das stimmt auch: Je mehr Sicherheit herrscht, je eher die afghanischen Streitkräfte wirklich einsatzfähig sind, desto eher können die Nato-Truppen abziehen. Der Status quo führt nicht dazu.